

UWG:

Bleker, Werner
Ebbing, Brigitte

sachk. Bürger/in

FDP:

Nitsche, Bastian

Bis 20:17 Uhr; TOP
16.1 einschl.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Martsch, Siegfried

Bis 19:23 Uhr; TOP 6
einschl.

Wingerter, Sigrid

Gäste:

Böke

zu TOP 3

Feldmann

zu TOP 3

Jerrentrup, Dr.

zu TOP 3

Kranz

zu TOP 4

Olthoff

zu TOP 4

Winterkamp, Rainer

zu TOP 5

Ortsvorsteher/in:

Finke, Alfons

Schwane, Walter

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Bone, Christine

Busch, Karl-Heinz, Fachabteilungsleiter

Dahlhaus, Martin, Fachabteilungsleiter

Gottlob, Ralf, Fachbereichsleiter

Kalfhues, Heike

Kuhlmann, Jürgen, Techn. Beigeordneter

Lask, Markus, Fachbereichsleiter

Nießing, Norbert, 1. Beigeordneter der Stadt Borken

Ohters, Julia

Rottbeck, Christa, Technische Prüferin

Schnelting, Alfons, Fachbereichsleiter

Schulze Hessing, Mechtild, Bürgermeisterin

Schulze-Dinkelborg, Rolf, Fachbereichsleiter

Zayko, Katja

Schriftführer/in:

Kaß, Matthias

Abgewickelte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

3 Vorstellung der naturschutzfachlichen Planungen am Fliegerberg durch die DBU
Vorlage: V 2018/302

4 Vorstellung des Entwurfs des Landschaftsplans Borken-Süd
Vorlage: V 2019/040

5 Windenergie - Weiteres Vorgehen - Vorlage wird nachgereicht
Vorlage: V 2019/046

6 Provisorischer Parkplatz in der Wall- und Grabenzone "Im Piepershagen"
Vorlage: V 2019/003

7 Sanierung und räumliche Anpassung Trauerhalle Gemen
Vorlage: V 2018/133

8 Vorstellung der Außenanlagenplanung für das Dorfgemeinschaftshaus Weseke
Vorlage: V 2019/061

9 Bebauungsplan GE 21 (Röntgenstraße), 2. Änderung, Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligungsverfahren
Vorlage: V 2019/048

10 Wegeeinziehung im Bereich der Bramesfeldstraße in Gemen
Vorlage: V 2019/032

11 Skaterinitiative "Gestaltung der Skateanlage im Sportpark im Trier"
Vorlage: V 2019/055

12 Antrag der CDU-Fraktion: Einheitliche Standards zur Visualisierung/Präsentation von Projekten
Vorlage: V 2019/059

13 Antrag der Fraktion B`90/DIE GRÜNEN: Ökologische Gewerbegebiete
Vorlage: V 2019/062

14 Verkaufsoffene Sonntage in Borken

15 Mitteilungen der Verwaltung

16 Anfragen an die Verwaltung

16.1 Anfrage der Fraktion B`90/DIE GRÜNEN: Baumfällungen auf städtischen Flächen

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Rottbeck begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist und das Gremium beschlussfähig ist. Der TOP 16 soll auf Wunsch der Verwaltung von der Tagesordnung genommen werden. Zudem soll die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Punkt „Verkaufsoffene Sonntage in Borken“ erweitert werden und als neuer TOP 16 geführt werden. Der nicht öffentliche Teil soll um den Punkt „Grundstücksangelegenheiten“ erweitert werden und als TOP 18 geführt werden. Vorsitzender Rottbeck lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 19 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Seitens der anwesenden Bürgerinnen und Bürger werden keine Fragen gestellt.

zu 3 Vorstellung der naturschutzfachlichen Planungen am Fliegerberg durch die DBU Vorlage: V 2018/302

Herr Feldmann und Frau Dr. Jerrentrup (DBU Naturerbe GmbH) erläutern anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die naturschutzfachliche Planung am Fliegerberg.

Stv. Kranenburg möchte wissen, ob die Maßnahmen dem Wald guttue oder ob der Wald nicht einfach wie bisher wachsen solle und ob der Aufwand gerechtfertigt sei.

Frau Dr. Jerrentrup gibt an, dass die Bäume im Wald nur beschnitten werden. Im Offenland werden Bäume entfernt da es sonst zu Wald werde. Die natürliche Entwicklung stehe im Vordergrund.

Herr Feldmann fügt hinzu, dass der Bund die Flächen zur Verfügung gestellt habe. Die Maßnahmen werden durch Mittel umgesetzt, welche von der Stiftung erhalten werden. DBU Naturerbe bekomme 5,5 Mio. Euro.

Stv. Ebbing wirft die Frage auf, ob eine Alternative bezüglich des Hundeauslaufbereiches vorhanden sei, da dieser wegen den Zauneidechsen nicht möglich sei.

Herr Feldmann erklärt, dass dieses ein wichtiges Thema sei und man weiterhin in Gesprächen sei, um zu schauen, wo etwas möglich sei.

Stv. Richter merkt an, dass es das größte bekannte Eidechsenvorkommen sei und das obwohl die Flächen stark genutzt würden, das sei ein Widerspruch.

Frau Dr. Jerrentrup erläutert, dass in dem Bereich, wo sich viele Spaziergänger und Hunde aufhalten, eine große Störung für die Eidechsen vorhanden sei.

Herr Feldmann fügt hinzu, dass an einem Besucherlenkungskonzept gearbeitet werde. Die Flächen sollen weiterhin begehbar sein.

Stv. Richter gibt an, dass die Population der Eidechsen voraussichtlich noch größer sei, wenn mehr Ruhe vorhanden sei und möchte wissen, wo die natürliche Grenze liege. Bei so einer großen Anzahl an Eidechsen könne es die letzten Jahre nicht so schlecht gewesen sein.

Frau Dr. Jerrentrup erklärt, dass es gut vorstellbar sei, dass die Population bei Ruhe größer sei, dieses könne aber nicht nachgewiesen werden, da Vergleichszahlen fehlten.

Stv. Kindermann wirft die Frage auf, wie viel Eidechsen insgesamt vorhanden seien.

Frau Dr. Jerrentrup gibt an, dass 146 Eidechsen gezählt worden seien.

Stv. Wingerter merkt an, dass Naturschutz vor Hundeauslauf gehe. Eine Alternativfläche für Hunde sei zu finden.

Stv. Niemeyer stellt fest, dass der Fliegerberg schon immer dem Borkener Bürger gehört habe und auch weiterhin dem Borkener Bürger gehören werde und sei darauf gespannt, wie die Besucherlenkung erfolgen werde. Eine starke Einschränkung für Besucher/innen sei nicht hinnehmbar und möchte wissen, ob schon Überlegungen vorhanden seien, welche Wege gesperrt oder bepflanzt würden.

Herr Feldmann erläutert, dass bevor die Flächen im Eigentum der DBU Naturerbe gewesen seien, diese bereits unter Naturschutz gestanden hätten. Der Fliegerberg solle weiterhin für Besucher erreichbar sein, das stehe heute schon fest. Welche Wege gesperrt würden, hänge von den biologischen Stationen ab, da Wege dann nicht durch Hotspots geführt werden könnten, welche Wege davon genau betroffen seien, werde sich noch zeigen.

Stv. Grotzky wirft die Frage auf, ob das Areal auf Kampfmittelreste untersucht worden sei.

Herr Feldmann erklärt, dass die Flächen nach Abzug des Militärs begehbar seien. Ein Gutachten sei gemacht worden. Zudem sei das Areal in Borken eine Fläche, welche dem DBU am wenigsten Sorge mache.

Beschluss:

Die Ausführungen der DBU Naturerbe GmbH werden zur Kenntnis genommen. Auf die Auswirkungen für die Hundehalter wird ausdrücklich hingewiesen und die Stadtverwaltung wird beauftragt, hierzu Alternativen zu entwickeln, die möglichst in einer der nächsten UPA-Sitzungen vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 19 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

**zu 4 Vorstellung des Entwurfs des Landschaftsplans Borken-Süd
Vorlage: V 2019/040**

Technischer Beigeordneter Kuhlmann berichtet von der Bürgerversammlung des Kreises Borken in Marbeck, welche gestern stattgefunden habe.

Frau Olthoff und Herr Kranz (Kreis Borken) erläutern anhand der als Anlage beigefügten Präsentation den Entwurf des Landschaftsplanes Borken-Süd.

Stv. Kindermann möchte wissen, ob zwischen den sechs Landschaftsschutzgebieten eine Verbindung vorhanden sei und in wie weit Landschaftsschutz gegen Windenergie spreche.

Frau Olthoff erklärt, dass eigentlich nur ein Landschaftsschutzgebiet vorhanden sei, welches vom Kreis Borken in einzelne Gebiete aufgeteilt worden sei.

Herr Kranz fügt hinzu, dass im Landschaftsschutzgebiet ein Bauverbot vorhanden sei. Im Landschaftsplan Borken-Süd gilt kein Bauverbot und eine Ausnahme sei möglich. Es sei darauf geachtet worden, die vorhandenen Vorrangszonen zu beachten.

Stv. Kindermann wirft die Frage auf, ob auf diesen Flächen repowering möglich sei.

Herr Kranz erläutert, dass dieses über eine Ausnahme zu regeln sei.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Borken nimmt die Ausführungen der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Borken zur Kenntnis.

zu 5 Windenergie - Weiteres Vorgehen - Vorlage wird nachgereicht
Vorlage: V 2019/046

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt des bisherigen Werdegang.

Herr Winterkamp (Büro WWK) erläutert anhand der als Anlage beigefügten Karte das weitere Vorgehen.

Kindermann möchte wissen, wieso Windenergie in Heiden möglich sei, dort sei es doch ähnlich wie in Borken und von welcher Anlagenhöhe bei der Ermittlung ausgegangen worden sei, ob auch über Baumgipfel hinweg geplant werden könne.

Herr Winterkamp erklärt, dass die Gemeinde Heiden dieselben Voraussetzungen habe. Eine spezielle Anlagenhöhe sei nicht genommen worden. Je höher eine Anlage sei, desto besser sei eine Anlage, daher würden hohe Anlagen bevorzugt. Die Lärmbelästigung sowie die optischen Einschränkungen seien einzuhalten. Die Tendenz der Gerichte gehe dahin, dass bei einem Abstand von der dreifachen Gesamthöhe einer Anlage keine Einschränkungen vorhanden seien. Bezüglich Baumgipfelhöhen sei anzumerken, dass Wald früher eine harte Tabu-Zone gewesen sei. Wald solle von Windanlagen freigehalten werden.

Stv. Ebbing wirft die Frage auf, ob die Möglichkeit bestehe, in Borken eine entsprechende Zone einzurichten. Im Lageplan seien weiße Flächen vorhanden und somit seien dort laut Beschlussvorschlag Windanlagen möglich.

Herr Winterkamp erläutert, dass im Bereich Marbeck weiße Flächen vorhanden seien, welche keine Tabu-Zonen aufweisen. Dort seien Einzelfälle zu betrachten, Schall und Schattenwurf seien einzuhalten.

Stv. Ebbing möchte wissen, ob nach dem Beschlussvorschlag eine Bebauung dieser weißen Flächen möglich sei.

Herr Winterkamp erklärt, dass es dort isoliert betrachtet möglich sei. Auch grundsätzlich außerhalb der Konzentrationszone sei der Bau einer Anlage möglich. Borken haben einfach keine Fläche für Windkonzentration, sowie sie in den Nachbarkommunen vorhanden sei.

Stv. Martsch stellt fest, dass das Ergebnis eine Verhinderungsplanung sei und möchte wissen, was auf die Stadt Borken zukommen könne, wenn eine Schadensersatzklage eingereicht werde, so wie es zum Beispiel in Haltern der Fall war.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erläutert, dass es wichtig sei, Rechtssicherheit zu erlangen. Was heute vorgestellt worden sei, sei eine Möglichkeit, welche Rechtssicherheit habe.

Stv. Martsch gibt an, dass es am Ende eine Verhinderungsplanung und keine Ermöglichungsplanung sei, da die Verwaltung auf Zeit spiele und möchte wissen, wie hoch eventuelle Prozesskosten sein könnten.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann merkt an, dass wenn auf Zeit gespielt worden wäre, dass dann eine sehr lange Planungszeit ohne Rechtssicherheit bestanden habe. Prozesskosten könnten nicht genannt werden.

Stv. Richter stellt fest, dass keine Verhinderungsplanung gemacht werde, sondern das Gegenteil. Es sei lange gesucht und geplant worden, um eine entsprechende Zone ausweisen zu können.

Stv. Kaiser wirft die Frage auf, ob vertikale Windräder eine Option seien, welche von einer deutschen Firma gebaut würden.

Vorsitzender Rottbeck möchte wissen, ob Herrn Winterkamp solche vertikalen Windräder bekannt seien.

Herr Winterkamp gibt an, dass ihm solche Anlagen bekannt seien, aber eher etwas für einen Spezialfall seien.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann merkt an, dass diese Anlagen gar nicht das Thema seien.

Stv. Niemeyer erklärt, dass die heute vorgestellte Planung eine Richtschnur für mögliche Anlagenbauer sei, etwas Anderes sei gar nicht möglich. Der Vortrag solle zur Kenntnis genommen und werden und wenn nötig, Einzelfallprüfungen erfolgen.

Stv. Martsch möchte den in der Vorlage unter Entscheidungsalternative/n zweiten Punkt, Einzelfallentscheidung als Beschluss.

Bürgermeisterin Schulze Hessing fasst das bisher gesagte zusammen. Zurzeit sei keine andere Steuerung möglich und zudem sei Bauleitplanung vorhanden.

Stv. Wingerter ist der Meinung, dass potenzielle Anlagenbauer am langen Arm verhungern würden.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erläutert, dass dieses nicht der Fall sein werde, da dann eine Einzelfallprüfung erfolge.

Stv. Martsch möchte wissen, was dieses für eine Bedeutung für diejenigen habe, welche schon im Klageverfahren seien.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass das Ergebnis des Klageverfahrens abgewartet werde.

Sachkundiger Bürger Bleker bittet um Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, gemäß der vorgestellten Vorgehensweise - **Steuerung bei Bedarf** - vorzugehen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 17 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

**zu 6 Provisorischer Parkplatz in der Wall- und Grabenzone "Im Piepershagen"
Vorlage: V 2019/003**

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die aktuelle Situation am Piepershagen.

Stv. Kindermann gibt an, dass seine Fraktion für Variante 1 sei.

Stv. Richter merkt an, dass auf der einen Seite Geld nicht doppelt und unnötig ausgegeben werden solle aber auf der anderen Seite sei der Parkdruck sehr hoch und möchte wissen, wie hoch die Mehrkosten seien, wenn der provisorische Parkplatz jetzt schon gemacht werde.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass der provisorische Parkplatz ca. 72.000 Euro kosten werde. Zudem müsse alles zurückgebaut werden, da die Endversion ca. 50 cm tiefer liege als der provisorische Parkplatz.

Stv. Richter möchte wissen, warum der provisorische Parkplatz nicht schon direkt 50 cm tiefer gebaut werde, damit der Unterbau drinbleiben könne. Während des Umbaus des Rathauses fallen viele Parkplätze weg. Auch wenn es im Moment so aussehe, dass mehr Geld ausgegeben werde. Es sei richtiger mehr Parkplätze zu schaffen, welche schon so tief wie möglich angelegt würden.

Stv. Wingerter wirft die Frage auf, ob die Fördermittel für den Umbau der de-Wynen-Gasse abrufbereit seien.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass dies neu zu beantragen seien.

Stv. Wingerter gibt an, dass ihre Fraktion für Variante 1 sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass es entweder um 9 oder um 18 Parkplätze gehe. Der Parkdruck am Rathaus sei jetzt schon sehr hoch und werde sich beim Umbau noch erhöhen. Es sei abzuwägen, ob Provisorium oder Endversion.

Stv. Ebbing merkt an, dass der provisorische Parkplatz zu errichten sei und zwar schon in einer Tiefe, welche auch die Endversion habe. Variante 2 solle zuerst genommen werden, damit sei Variante 1 nicht vom Tisch.

Stv. Niemeyer gibt an, dass die Kostenrechnung zwischen Variante 1 und 2 zu vergleichen sei, zudem sei die Förderung noch nicht beantragt, sondern es werde darauf gehofft.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass die Förderung vom Diebesturm bis Rathaus in das Rathausumfeld gehöre.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann merkt an, dass geprüft werden müsse, wie viele Parkplätze möglich seien, wenn das Provisorium direkt die Tiefe der Endversion habe.

Fachbereichsleiter Schulze Dinkelborg fügt hinzu, dass die Frage der Statik zu klären sei, wenn mit der Tiefe des Parkplatzes näher an die Bestandshäuser gegangen werde. Zudem sei der Bodendenkmalschutz zu beachten.

Stv. Kohlruss gibt an, dass die Frage sei, ob die Verwaltung mit 9 oder 18 Parkplätzen auskomme, danach sei zu entscheiden.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass der Parkdruck vorhanden sei. Die Parkplätze bei Matratzen Concord würden bereits genutzt, 9 Parkplätze mehr oder weniger würden den Parkbedarf insgesamt nicht retten. Die Frage sei grundsätzlich für die Zukunft zu klären.

Stv. Kindermann ist der Meinung, dass der Klimaschutz zu beachten sei, also weniger Parkplatz.

Stv. Tubes möchte wissen, ob Grundstücksbesitzer in der näheren Umgebung Flächen für Parkplätze angeboten haben.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass dieses Thema gerade in Diskussion stehe.

Stv. Tautz wirft die Frage auf, ob bereits mit der Sparkasse gesprochen worden sei, ob dort Parkplätze angemietet werden können.

Bürgermeisterin Schulze Hessing gibt an, dass die Sparkasse ihre Flächen selbst brauche.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss stimmt Variante 2, provisorischer Parkplatz als Zwischenlösung, zu. Der provisorische Parkplatz soll so tief wie möglich errichtet werden, damit die Rückbaukosten für die Errichtung des endgültigen Parkplatzes so gering wie möglich ausfallen.

Abstimmungsergebnis über Variante 1:

7 Ja-Stimmen

12 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis über Variante 2:

Annahme mit 12 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

**zu 7 Sanierung und räumliche Anpassung Trauerhalle Gemen
Vorlage: V 2018/133**

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Sanierung und räumliche Anpassung der Trauerhalle Gemen.

Stv. Niemeyer möchte wissen, wie hoch das Risiko bezüglich Mehrkosten sei, da es damals in Weseke erhebliche Mehrkosten gegeben habe.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass seriös an die Planungen herangegangen worden sei mit realistischen Zahlen, da die einzelnen Gewerbe bereits bei Firmen angefragt worden seien.

Fraktionsübergreifend besteht Einigkeit, dass die Trauerhalle Gemen dringend zu sanieren sei.

Stv. Kindermann wirft die Frage auf, ob die Trauerhalle dann von beiden Friedhöfen in Gemen genutzt werde.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann gibt an, dass die Trauerhalle von beiden Friedhöfen genutzt werde.

Stv. Kindermann möchte wissen, wer die Betriebskosten übernehme.

Erster Beigeordneter Nießing erläutert, dass das Gebäude der Stadt Borken gehöre und diese somit die Betriebskosten übernehme, welche aus einem eigenem Gebührenhaushalt für Friedhöfe abgerechnet würden.

Stv. Richter wirft die Frage auf, ob die Trauerhalle noch dieses Jahr fertig werde.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass die Trauerhalle dieses Jahr voraussichtlich nicht fertig werde, eine verlässliche Aussage zum Zeitplan könne noch nicht gemacht werden.

Stv. Richter gibt an, dass es wünschenswert sei, in einer der nächsten Sitzungen einen Zeitplan zu bekommen.

Bürgermeisterin Schulez Hessing bittet bezüglich des Personalmangels, insbesondere im Hochbau, um Verständnis.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Beschlussfassung im Hauptausschuss über die Bereitstellung der zusätzlichen Finanzmittel stimmt der Umwelt- und Planungsausschuss der Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen zu und beauftragt die Verwaltung, mit dem Architekturbüro Roleff die planerische Vorentwurfsphase (LPH 1-3) gemäß HOAI abzuschließen. Die Realisierung der Sanierung soll verwaltungsintern umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 18 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

**zu 8 Vorstellung der Außenanlagenplanung für das Dorfgemeinschafts-
haus Weseke
Vorlage: V 2019/061**

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erläutert anhand der als Anlage beigefügten Fotos die Außenanlagenplanung für das Dorfgemeinschaftshaus Weseke.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss stimmt der vorgestellten Planung zu und beauftragt den Fachbereich Tiefbau und Bauverwaltung mit der Umsetzung der Außenanlagenplanung.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 18 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

**zu 9 Bebauungsplan GE 21 (Röntgenstraße), 2. Änderung, Aufstellungs-
beschluss und Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteili-
gungsverfahren
Vorlage: V 2019/048**

Stv. Richter erklärt sich als befangen.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes GE 21 (Röntgenstraße).

Gleichzeitig wird gemäß § 2 Abs. 2 BauGB beschlossen, den Beschluss, die vorliegende Änderung aufzustellen, ortsüblich bekannt zu machen sowie gemäß § 3 Abs. 1 BauGB die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen und gemäß § 4 Abs. 1 BauGB die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu einer Stellungnahme aufzufordern.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 18 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

**zu 10 Wegeeinziehung im Bereich der Bramesfeldstraße in Gemen
Vorlage: V 2019/032**

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Borken zu beschließen:

Auf der Grundlage des § 7 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen ist für eine Teilfläche der Straßenfläche Bramesfeldstraße in Gemen – Gemarkung Gemen, Flur 1, Flurstücke 1998 und 1945- das Wegeeinziehungsverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 18 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

**zu 11 Skaterinitiative "Gestaltung der Skateanlage im Sportpark im Trier"
Vorlage: V 2019/055**

Erster Beigeordneter Nießing erläutert was am Tag zuvor im AJF zu diesem TOP besprochen wurde. Viele Sponsoren seien gefunden worden. Die bauliche Umsetzung der Miniramp sei sichergestellt. Die Gestaltung der Wand solle im nächsten AJF thematisiert werden.

Stv. Kindermann gibt an, dass in dem Werbefilm der Stadt Borken die Skateanlage vorkomme, daher sei es gut, wenn diese aufgewertet werde.

Beschluss:

Zur nachhaltigen Förderung der Initiative zur Gestaltung der Skateanlage im Sportpark im Trier wird beschlossen,

- dass sich die Stadt Borken mit einem von 50% der Investitionskosten und max. 20.000 EUR an den nicht durch Sponsoren gedeckten Kosten beteiligt und
- die künftigen Wartungs- und Pflegekosten auch für die Mini-Ramp übernimmt

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 18 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

**zu 12 Antrag der CDU-Fraktion: Einheitliche Standards zur Visualisierung/Präsentation von Projekten
Vorlage: V 2019/059**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Standards zu erarbeiten und die Ergebnisse in einer der nächsten Sitzungen des Umwelt- und Planungsausschusses vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 18 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

**zu 13 Antrag der Fraktion B`90/DIE GRÜNEN: Ökologische Gewerbegebiete
Vorlage: V 2019/062**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Mitarbeitende des Wissenschaftsladens in eine der nächsten Sitzungen des Umwelt- und Planungsausschusses einzuladen, um das Modellprojekt „Grün statt Grau“ vorzustellen.
2. Eine Beteiligung an dem Modellprojekt „Grün statt Grau – Gewerbegebiete im Wandel“ zu prüfen.
3. Möglichkeiten einer Förderung für die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 18 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

zu 14 Verkaufsoffene Sonntage in Borken

Erster Beigeordneter Nießing erläutert den bisherigen Werdegang bezüglich Verdi und verkaufsoffene Sonntage in Borken. Ein Gespräch mit dem Rechtsvertreter von Verdi habe stattgefunden. Die Kernaussage sei, dass eine Veranstaltung prägender Art stattfinden müsse. Verdi sehe die Innenstadt in reduzierter Ausdehnung als bisher, als unproblematisch, aber störe sich an dem Verkauf an der Otto-Hahn-Str. Dort sei keine prägende Wirkung der Veranstaltung im Vergleich zur Verkaufsfläche. In Gesprächen mit Einzelhändlern der Otto-Hahn-Str. haben diese geäußert, weiterhin großes Interesse an verkaufsoffene Sonntage zu haben, da diese wirtschaftlich sehr wichtig seien. 5.000 Euro könnten aus städtischen Mitteln für Veranstaltungen an der Otto-Hahn-Straße beigesteuert werden. Ein Konzept solle erstellt werden, wie es nun auf Dauer weitergehen könne.

Bürgermeisterin Schulze Hessing hätte gerne ein Votum aus der Politik, ob die Vorgehensweise so mitgetragen werde.

Stv. Richter gibt an, dass zwar dem Personal die Sonntagsruhe verloren gehe, aber er habe noch nie von denjenigen gehört, dass sie es nicht „gut“ finden. Verdi verhalte sich hier völlig falsch.

Stv. Kindermann möchte wissen, ob Verdi dem gerade vorgetragenen Werdegang mittragen werde.

Erster Beigeordneter Nießing erklärt, dass Verdi es dann erneut prüfen werde.

Stv. Ebbing stellt fest, dass die bisherigen verkaufsoffenen Sonntage mit der Gewerkschaft zusammen ausgearbeitet worden seien, nun wechsele die Führung und nun sei alles falsch.

Bürgermeisterin Schulze Hessing merkt an, dass der Einzelhandel sehr schwere Zeiten habe und die vier Sonntage eine sehr große Säule und wichtig seien. Daher sei die Stadt Borken an einer guten Lösung mit Verdi interessiert.

zu 15 **Mitteilungen der Verwaltung**

Keine Mitteilungen vorhanden.

zu 16 **Anfragen an die Verwaltung**

Siehe Unterpunkte.

zu 16.1 **Anfrage der Fraktion B`90/DIE GRÜNEN: Baumfällungen auf städtischen Flächen**

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erläutert die Anfrage der Fraktion B`90/Die Grünen. Am Pröbstingsee solle die Wellenrutsche vom Spielplatz nun am Campingplatz erhalten bleiben, dafür wurden zwei Bäume gerodet, welche mit dem Pilz des Eschetriebsterbens befallen waren. Zudem solle ein Fahrradstellplatz errichtet werden. Fünf Bäume am Papenkamp seien gerodet worden, da die Kanalisation erneuert werde.

Bürgermeisterin Schulze Hessing fügt auf Nachfrage hinzu, dass es bei Beginn der Maßnahme nicht daran gedacht worden sei, dieses der Politik vorher mitzuteilen.

gez.
Paul Rottbeck
Ausschussvorsitzender

gez.
Matthias Kaß
Schriftführer